

## Audits helfen nicht

Zu: „Schuften für C&A“, FR-Wirtschaft vom 8. Juni

Bei der Produktion von Textilien werden systematisch Arbeits- und Menschenrechte verletzt. Wie kann das sein, wo die Fabriken doch „regelmäßig auditiert“ werden, wie der Sprecher von C&A beteuert? Offensichtlich tragen Audits nicht zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei und helfen auch nicht bei akuter Gefahrenabwehr. So wurden zwei Produktionsstätten des Rana-Plaza-Fabrikgebäudes in Bangladesch vor dessen Einsturz im Jahr 2013 von der Business Social Compliance Initiative (BSCI, jetzt Amfori) auditiert. Der Einsturz hat über tausend Menschen das Leben gekostet.

Im September 2012 brannte die pakistanische Textilfabrik Ali Enterprises ab, 254 Menschen verbrannten. Wenige Wochen zuvor hatte das italienische Prüfunternehmen RINA dieser Fabrik das Zertifikat SA 8000 ausgestellt, das u.a. hohe Brandsicherheitsstandards beinhaltet. Oft sind es private Dienstleister, die diese Audits durchführen. Sie müssten für ihre Prüfungsfehler haftbar gemacht werden.

Zu Recht wird im Artikel auf das Problem der niedrigen Löhne hingewiesen, es sind in Wirklichkeit Hungerlöhne, die meilenweit von einer existenzsichernden Bezahlung entfernt sind, wie sie die Internationale Arbeitsorganisation der UN (ILO) fordert. Im Oktober vergangenen Jahres habe ich eine Schicht in einer äthiopischen

Textilfabrik verbracht. In diesem Land gibt es nicht einmal gesetzlichen Mindestlohn, was Unternehmen anzieht, die möglichst billig produzieren wollen. In der Fabrik wurden gerade T-Shirts für das deutsche Unternehmen KiK hergestellt, die im Doppelpack für 5,99 Euro zu haben sind. Der Lohnanteil einer Näherin an einem dieser T-Shirts beträgt 0,38 Cent! Unternehmen, die eine solche Preispolitik betreiben, machen sich schuldig.

Als kirchlicher Beauftragter für nachhaltige Textilien bemühe ich mich, diakonische Einrichtungen wie Krankenhäuser oder stationäre Pflegeeinrichtungen zu motivieren, bei ihrer textilen Beschaffung ökologische und soziale Kriterien einzubeziehen. Hier sind die Kirchen Großverbraucher, die den Markt beeinflussen können, wenn sie sich umstellen. Ein Bettlaken ist ja nicht konfessionell gebunden.

Alles in allem hat sich gezeigt, dass jahrzehntelange freiwillige Maßnahmen von Unternehmen grundsätzlich nichts an der Situation in der globalen Textilproduktion geändert haben. Noch setzt die Bundesregierung auf Freiwilligkeit. Es ist zu hoffen, dass sie bald gesetzgeberisch tätig wird und Unternehmen verpflichtet, menschenrechtliche Sorgfaltspflicht wahrzunehmen. In Frankreich ist ein entsprechendes Gesetz bereits in Kraft. Es geht also.

Dietrich Weinbrenner, Witten

## Interesse an Einnahmen

Aldi-Parkplätze: „Von wegen kostenfrei“, FR-Wirtschaft vom 15.6.

Abgesehen von der Methode, im Kleingedruckten die möglichen Probleme zu verstecken – bzw. die Bedingungen so zu platzieren, dass ein normaler Autofahrer wohl nicht aussteigt, um das zu lesen, wenn hinter ihm nach zwei Sekunden schon jemand hupt –, kann ich der Methode doch etwas Positives abgewinnen.

Wenn zum Beispiel die Stadt Frankfurt genau so verfahren würde, könnte sie ohne weiteres Personal den knappen Parkraum effektiv überwachen; denn für die Stadt wäre diese Dienstleistung wohl kostenfrei, und „Park & Control“ hat ja ein Interesse an den Einnahmen.

Man könnte ja mit der Überwachung von Fahrradwegen anfangen, die demnächst auch die E-Scooter verkraften müssen. Ach nein, die E-Scooter fahren sicher lieber auf der Straße – wenn keine Radwegbenutzungspflicht dem entgegensteht –, weil der bauliche Zustand der Radwege für die kleinen Räder viel größere Risiken bereithält als für ein ausgewachsenes 28-Zoll-Fahrrad.

Warum diese Fahrzeuge *Tret-Roller* heißen, obwohl man gar nicht treten muss – anders als beim *Pedelec* –, weiß der Verkehrsminister vermutlich auch nicht.

Henning Kaufmann, Frankfurt

## Solidarische Ökonomie

Zu: „Gier, Neid und Geiz sind der falsche Antrieb“, FR-Wirtschaft vom 13. Juni

Im Interview skizziert Reinhard Loske eine Ökonomie, die für mehr Gemeinsinn und damit für Nachhaltigkeit sorgen könnte, eine Fragestellung, die „Fridays for Future“ mit Nachdruck auf die politische Bühne gebracht hat. Aufhänger des Gesprächs ist die CO<sub>2</sub>-Steuer. Um das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft auszuleuchten, greift Loske auf „The Great Transformation“ von Karl Polanyi (1944!) zurück. Polanyi zeigt auf, das in der vorkapitalistischen Gesellschaft „die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen in der Regel in seine Sozialbeziehungen eingebettet war“ (S. 75).

Nach Polanyi, Marcel Mauss und anderen waren im Vorkapitalismus die Prinzipien „Reziprozität“ und „Redistribution“ wesentlich (Tauschakte in Form von Geschenken, nicht als Äquivalententausch; Verteilung der Güter und Gaben an alle). Man kann die vergangene Gesellschaftsform nicht wiederherstellen und sollte sie nicht anstreben. Darauf weist Robert Kurz („Geld ohne Wert“) hin. „The Great Transformation“ thematisiert den Weg hin zum Kapitalismus. Im Umkehrschluss ist ein Übergang weg von der marktwirtschaftlichen Produktionsweise denkbar: Kapitalismus stellt nicht das Ende der Geschichte dar.

Für die Ökonomie jenseits von Markt und Staat weist Loske eine Reihe von Innovationen hin:

Gemeinwohlökonomie, solidarische Ökonomie, die bislang von der Mainstream-Ökonomie völlig vernachlässigt werden. Es entwickelt sich eine plurale Ökonomie, die der politischen Unterstützung bedarf, um aus der Nische herauszukommen. (Vielen Dank Euch Schulstreikenden!) Das übliche Mantra, der Markt sei „rational“, ist unangemessen. Im freien Wettbewerb entsteht eben kein Markt-Gleichgewicht. Bei jeder Krise zu sagen, dass nichtwirtschaftliche Einflüsse von Gewerkschaften bis Sonnenflecken (Jevons) das System ins Trudeln gebracht hätten, überzeugt nicht mehr. Im Gegenteil: Durch starres Festhalten an „effizienten Märkten“ hat die Grenznutzentheorie die „Gesellschaft noch schlimmer gemacht: ungleicher, instabiler und weniger „effizient““ (Steve Keen).

Der Grundrechtsartikel 15 (Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel; Vergesellschaftung mit Entschädigung; Gesetz; Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft) darf mitgedacht werden. In der Verfassung wird auf andere Ökonomie verwiesen. Der Vollständigkeit halber sei darauf verwiesen, dass Union und Liberale 1989 die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft haben. Das Dilemma badet zwei Privatisierungswellen später die Gesellschaft aus, so ist das mit Entbettung.

Wilfried Jannack, Hannover